



23. Februar 2018

Mit diesem Newsletter berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag gestartet**
- **Elterngeld Plus – Das Plus für die Partnerschaftlichkeit**
- **Der AfD Paroli bieten – Jungfernrede der Abgeordneten Esther Dilcher**
- **Zinsgünstige Darlehen und Beteiligungskapital für den Mittelstand**



Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag gestartet

Am 19. Februar des Jahres hat das Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag begonnen. Bis zum 2. März 2018 sind die rund 460.000 Mitglieder der SPD nun aufgerufen, über eine Regierungsbeteiligung zu entscheiden. Weiterhin ist vorgesehen, dass am 4. März das Ergebnis des Mitgliederentscheids vorliegt und am 22. April eine neue Parteiführung gewählt wird.

In der SPD wird der Koalitionsvertrag bereits seit fast zwei Wochen intensiv diskutiert. Wir haben die ersten lokalen und regionalen Dialogveranstaltungen gestartet und intensiv und fair diskutiert. Es ist beeindruckend, mit welcher großer Beteiligung die Partei ernsthaft und sachlich diskutiert. Das gibt es in keiner anderen Partei und darauf können wir mit gutem Recht stolz sein.

Der Koalitionsvertrag wurde an jedes Mitglied versandt. In den Verhandlungen haben wir noch viele sozialdemokratische Forderungen durchsetzen können, wie jeder nun selbst nachlesen kann. Familien, Rentner, Arbeitnehmer und kleinere Betriebe werden profitieren. Ob die geplanten Regelungen gegen den Missbrauch von befristeten Arbeitsverhältnissen oder der Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung, wir haben gut verhandelt. Positiv ist ebenso, dass wir neben dem Finanzministerium auch das Arbeits- und Sozialministerium sowie das Familienministerium und weitere Schlüsselministerien aushandeln konnten.

Eine Regierungsbeteiligung ist aus unserer Sicht deshalb lohnend, weil wir mit der Umsetzung der Vereinbarungen das Leben sehr vieler Menschen in Deutschland spürbar verbessern werden.

Allerdings: Das Erscheinungsbild der SPD aus den letzten Tagen müssen wir ganz schnell ändern. Dies betrifft nicht nur die Personalentscheidungen. Wir müssen wieder glaubwürdiger erscheinen und Vertrauen gewinnen. Nur so kann die Erneuerung der Partei gelingen.

Das Interview von Dr. Edgar Franke zur Lage der SPD, erschienen in der HNA (Ausgabe vom 20.02.18), ist diesem Newsletter zur weiteren Information angehängen.

Elterngeld Plus – Das Plus für die Partnerschaftlichkeit

Der erste Bericht der Bundesregierung über die Wirkung des Elterngeld Plus' wurde diesen Freitag im Bundestag debattiert.

Hintergrund war, dass wir in der letzten Legislatur das Elterngeld weiterentwickelt hatten: Zusätzlich zum klassischen Elterngeld, gibt es jetzt das Elterngeld Plus. Das Elterngeld Plus unterstützt Eltern gezielt in ihrem Wunsch nach Kindern UND Beruf. Eltern, die in Teilzeit erwerbstätig sind, können seither länger Elterngeld beziehen und sie erhalten sogar einen



extra Partnerschaftsbonus in Form von vier zusätzlichen Elterngeldmonaten, wenn sie in dieser Zeit **BEIDE** gleichzeitig zwischen 25 und 30 Wochenstunden arbeiten. Damit werden vor allem Frauen unterstützt, früher wieder in den Beruf zurückzukehren oder einzusteigen. Männer können auf diese Weise ihren Wunsch, mehr Zeit mit ihren Kindern und ihrer Familie zu verbringen, verwirklichen. Das

heißt der Partnerschaftsbonus bestärkt Eltern, die sich die Zeit für Familie und Beruf in gleichem Umfang aufteilen möchten, diesen Wunsch auch umzusetzen.

Laut Bericht haben sich ein knappes Drittel der Eltern im dritten Quartal 2017 für das Elterngeld Plus entschieden. Besonders freut uns, dass mehr als drei Viertel der Beziehenden es für eine „gute Sache“ halten.

„Wir freuen uns über dieses deutliche Plus an Partnerschaftlichkeit“, loben die Abgeordneten Edgar Franke und Esther Dilcher das Elterngeld Plus. „Hier wurde in kluger Weise der gesellschaftlichen Realität Rechnung getragen. Eltern wollen heute zu Recht beides: Kinder und Beruf.“

Der AfD Paroli bieten – Jungfernrede der Abgeordneten Esther Dilcher

Die AfD hatte einen Antrag für ein Verbot der Vollverschleierung im öffentlichen Raum eingebracht. Sie berief sich hierbei auf die Rechte der Frauen und ihren Schutz vor Unterdrückung.

Natürlich beschwor sie im gleichen Atemzug auch Terrorismusgefahr und „Überfremdung“ herauf. Esther Dilcher machte mit ihrer Rede daher sehr schnell deutlich, dass es der AfD, die sich bei jeder Gelegenheit gegen „Gender-Wahn“ und „übertriebene Emanzipation“ ausgesprochen



hatte, keineswegs darum ging, die Frauen vor den Auswüchsen eines – auch nach unserer Meinung nicht unproblematischen Patriarchats – zu schützen. Der AfD ging es darum, das hatte sie bereits zuvor in der Presse lanciert, die „kulturelle Landnahme“ durch den Islam zu verhindern.

In Anbetracht von etwa 300 vollverschleierten Frauen von „kultureller Landnahme“ zu sprechen, ist an sich schon eine Farce. Wir alle wissen: Hier geht es um das Bild. Es geht darum Angst und Hass zu erzeugen. Es geht um die Spaltung der Gesellschaft. Wie bereits zu Zeiten der Nationalsozialisten sollen Menschen für ihre Ängste, Sorgen Probleme keine Lösungen präsentiert, sondern einen Sündenbock geboten bekommen: Den Islam. Dieses Muster wird uns noch in vielen Anträgen begegnen und es ist wichtig, ihm nicht auf den Leim zu gehen.

Zwei Dinge sind dazu nötig: Zum einen dürfen wir nicht die Augen verschließen vor problematischen Elementen einer islamischen Tradition. Gemäß ihr sind Männer und Frauen weder gleichberechtigt, noch sollen sie frei miteinander umgehen dürfen. Hier müssen wir klar sagen: Bei uns sind Männer und Frauen gleichberechtigt. Integration verlangt, dies anzuerkennen. Zum anderen müssen wir endlich anfangen, die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger nach sicherer Arbeit, auskömmlichen Renten und einem sicheren Leben ernst zu nehmen.

Darüber hinaus sollte nicht vergessen werden, dass das Tragen – auch eines religiös motivierten – Schleiers bei der Ausübung eines öffentlichen Amtes derzeit schon in den meisten Bundesländern insbesondere für den Bereich der Schulen und Kindergärten verboten ist. In Hessen z. B. ist die Verschleierung darüber hinaus auch im öffentlichen Dienst untersagt. Und überall dort, wo es geboten und notwendig ist, wird die Religionsfreiheit auch auf Bundesebene eingeschränkt: Auch für Beamtinnen und Soldatinnen gilt das Verbot der Vollverschleierung.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben die unkontrollierte Ankunft der Flüchtlinge bei uns zu Recht kritisch gesehen. Und sie haben vor dem Hintergrund der Zahlen zu Recht Angst um die eigene soziale Sicherheit bekommen. Dies dürfen wir nicht länger wegwischen und bei Seite schieben.

Für uns als SPD-Abgeordnete ist klar, dass wir wieder deutlich sagen müssen, wie wir das Leben der arbeitenden Menschen konkret verbessern und absichern, wie wir Familien unterstützen und ältere Menschen vor Armut schützen wollen.

Zinsgünstige Darlehen und Beteiligungskapital für den Mittelstand

In dieser Woche beriet der Deutsche Bundestag über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Nutzung der Mittel aus dem ERP-Sondervermögen für das Jahr 2018.

Das ERP-Sondervermögen ist ein vom Bund verwaltetes Vermögen. Es geht auf den Marshallplan der Nachkriegszeit zurück, wobei ERP für „European Recovery Program“ steht. Der mit diesem Sondervermögen jährlich erwirtschaftete Ertrag wird hauptsächlich für die Wirtschaftsförderung verwendet. Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, vor allem mittelständische Betriebe, und Angehörige freier Berufe werden aus ERP-Mitteln mit zinsgünstigen Darlehen und Beteiligungskapital unterstützt. Jährlich regelt der Bundestag mit einem Gesetz, wie die Mittel einzusetzen sind.

Der Gesetzentwurf für ein ERP-Wirtschaftsplangesetzes 2018 wurde noch in der Großen Koalition vom Kabinett am 2. August 2017 beschlossen und wurde nun verabschiedet, da ein weiterer Aufschub die Bereitstellung der ERP-Mittel in 2018 verzögert hätte. Nach dem vorliegenden Wirtschaftsplan sollen in 2018 rund 790 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Damit erhalten insbesondere mittelständische Unternehmen und freie Berufe

zinsgünstige Finanzierungen aus ERP-Programmen der KfW mit einem Volumen von 6,75 Mrd. Euro.

Aus dem ERP-Sondervermögen wird künftig auch das Engagement der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau - die weltweit größte nationale Förderbank) finanziert, jungen Unternehmen mehr Wagniskapital zur Verfügung zu stellen.

Hierzu wird die KfW eine Tochtergesellschaft gründen, in der das Beteiligungsgeschäft künftig stattfindet. Das Investitionsvolumen der KfW wird sich dank der ERP-Förderung bis 2020 auf 200 Mio. Euro jährlich verdoppeln. Das ermöglicht es erfolgreichen Start-ups zu

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de



wachsen, Arbeitsplätze zu sichern und besser am Markt Fuß zu fassen.

Neben der Wirtschaftsförderung unterstützt das ERP-Sondervermögen in begrenztem Umfang auch völkerverbindende, vor allem transatlantische Projekte. Dabei handelt es sich um Stipendienprogramme und Maßnahmen im Rahmen des Deutschen Programms für transatlantische Begegnung.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke – Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.